

PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2004-2005

Nr. 14

Ausführlicher Bericht

21. Februar 2005

4. STELLUNGNAHME DES MINISTERS IN BEZUG AUF DEN STREIK DES LEHRPERSONALS

DER PRÄSIDENT.- Wir kommen zur Frage von Herrn P. Meyer an Herrn Minister Paasch über die Stellungnahme des Ministers in Bezug auf den Streik des Lehrpersonals. Herr P. Meyer hat das Wort.

HERR P. MEYER (*vom Rednerpult*).- Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Herren Minister! Am 28. Januar 2005 veröffentlichte die Abteilung „Unterricht“ des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Schreiben, das vom Minister für Unterricht unterschrieben war. In diesem politisch motivierten Text wird in recht eigentümlichem Stil auf die mangelnde Informationsgrundlage der streikenden Lehrer und die umstrittene Rolle der Gewerkschaften eingegangen. Drei Tage später distanziert sich der Minister in einer weiteren Mitteilung aus dem Ministerium vom Inhalt dieses Schreibens. In der Erklärung heißt es, dass ein Mitarbeiter der Verwaltung unaufgefordert ein Vorwort vorbereitet habe, das dann versehentlich auf der Internetseite des Ministeriums erschienen sei.

Unabhängig von meiner Fragestellung halte ich die Veröffentlichung von politisch motivierten Erklärungen, Stellungnahmen oder Einladungen des Ministers auf der Internetseite des Ministeriums für umstritten. Die Trennung zwischen einer amtlich neutralen Direktive und einer politischen Positionierung geht hierbei schnell verloren.

Meine Fragen hierzu: 1. Ist es üblich, Herr Minister, dass Beamte des Ministeriums Stellungnahmen solchen Inhalts für den Minister vorbereiten oder wäre hierzu nicht sein Kabinett zuständig? 2. Wie reagieren Sie auf die Verletzung des Dienstweges? Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es stimmt, dass die Unterrichtsverwaltung den Auftrag hatte, den Entwurf des so genannten Sammeldekretes am Freitag, den 28. Januar, auf der Internetseite des Ministeriums zu veröffentlichen. Dass Dekretentwürfe dort veröffentlicht werden, ist nicht anrüchig, sondern dient sogar der Transparenz.

Der zuständige Mitarbeiter der Unterrichtsverwaltung hat das Dokument dann am späten Donnerstagabend, den 27. Januar, auch veröffentlicht. Gleichzeitig hat der Mitarbeiter unaufgefordert einen Vorschlag für ein Vorwort ausgearbeitet, den er mir zustellen wollte. Der Mitarbeiter hat zu diesem Zweck einige Passagen aus dem bereits veröffentlichten offenen Brief an das Unterrichtspersonal übernommen, gleichzeitig aber auch einige persönliche Anmerkungen hinzugefügt.

Dass Mitarbeiter der Verwaltung Initiativen ergreifen, ist durchaus üblich und keinesfalls anrühlich, eher sogar wünschenswert. Völlig unüblich ist jedoch, dass dieser Vorschlag ohne meine Zustimmung auf der Internetseite veröffentlicht wurde. Der Mitarbeiter hat hierzu schriftlich erklärt, er habe dieses Dokument nicht absichtlich, sondern versehentlich als eine von mehreren Anlagen zum Sammeldekret veröffentlicht. Er erklärte ausdrücklich, dies sei nicht absichtlich geschehen. Der Mitarbeiter hat diese Panne auch im Detail beschrieben. Ich möchte Ihnen die zum Teil technischen Erklärungen nicht unbedingt vortragen. Allerdings sind diese Erklärungen sehr glaubhaft gewesen. Konkret wurden zwei von mehreren Word-Dateien miteinander verwechselt, da sie ähnliche Titel trugen, was wir auch im Detail nachgewiesen bekommen haben.

Am frühen Freitagmorgen, noch bevor ich im Büro eingetroffen bin, hat die Verwaltung diese Panne von sich aus entdeckt und das Dokument vom Site entfernt. Es stimmt aber, dass in der Nacht von besagtem Donnerstag auf den Freitag dieses Dokument auf unserer Internetseite eingesehen werden konnte. Im Verlauf des Freitags hat mich dann die Verwaltung darüber informiert, dass es zu dieser Panne gekommen sei. Man teilte mir mit, dass der Inhalt dieses Textes zumindest Fragen aufwerfe, da darin die Mitglieder der Gewerkschaften dazu aufgefordert worden waren, im Zusammenhang mit den Streikaktionen ihren Auftrag zu überdenken. Ich kann deshalb auch verstehen, dass ein solcher Text, wenn er denn in der Nacht eingesehen worden ist, zu Irritationen geführt hat.

Da ich diesen Text nicht verfasst habe, habe ich selbstverständlich sofort Initiativen ergriffen, und zwar am selben Freitag und nicht erst drei Tage später. Ungefähr zwei Stunden - wenn ich das richtig in Erinnerung habe -, nachdem man mich darüber informiert hatte, dass in der Nacht etwas auf der Internetseite gestanden hatte, was dort nicht hingehörte, habe ich die Gewerkschaften, aus eigener Initiative und ohne vorher von irgendjemandem angesprochen worden zu sein, auf diese Panne hingewiesen. Ich habe ihnen gesagt: „Es ist offensichtlich zu einer Panne gekommen.“ Ich habe mich noch am selben Tag aus eigener Initiative ausdrücklich vom Inhalt dieses Schreibens distanziert. Das war am späten Freitagnachmittag gegen 17-18 Uhr.

Am nächsten Arbeitstag, also am Montag der darauf folgenden Woche, erfuhren wir dann, dass dieses Dokument offensichtlich von verschiedenen Personen nicht nur eingesehen, sondern auch ausgedruckt und mittlerweile natürlich auch verteilt worden war. Deshalb haben wir es für erforderlich gehalten, zusätzlich zu der bereits erfolgten Distanzierung, ein Erratum auf derselben Seite der Unterrichtsverwaltung zu veröffentlichen. Genauer gesagt hat der zuständige Abteilungsleiter das getan und erklärt, wie es zu diesem Vorfall gekommen war. In derselben Woche hat die Presse mehrmals nachgefragt, worum es sich denn bei diesem Vorfall gehandelt habe. Auch bei dieser Gelegenheit habe ich die Panne erklärt und mich ausdrücklich von dem besagten Schreiben distanziert.

Wir haben diesen Vorgang natürlich sehr ernsthaft in der Verwaltung überprüfen lassen. Es hat einen schriftlichen Austausch von Dienstmitteilungen gegeben. Die schriftliche Erklärung des Mitarbeiters liegt vor. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass diese Erklärung glaubhaft ist und dass es sich hier nicht um einen absichtlichen Vorgang gehandelt hat, denn auch die Erklärung ist aus technischer Sicht nachvollziehbar.

Deshalb haben wir als Konsequenz aus diesem Vorfall noch einmal die Prozedur für Veröffentlichungen auf der Website des Ministeriums präzisiert. Aber ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich kann nicht garantieren, dass technische Pannen dieser Art in Zukunft nie mehr auftreten werden. Es wird wohl auch in Zukunft nicht vermeidbar sein, dass eine Datei mit einer anderen

verwechselt wird. Ich kann Ihnen also nicht versprechen, dass so etwas nie wieder passiert. Allerdings haben wir das Menschenmögliche getan, um noch einmal die Prozeduren und Rahmenbedingungen klarzustellen. Das ist das, was ich auf Ihre beiden Fragen antworten kann. Ich danke Ihnen!

DER PRÄSIDENT.- Möchte der Fragesteller Stellung zur Antwort des Ministers nehmen? Herr P. Meyer hat das Wort.

HERR P. MEYER (*aus dem Saal*).- Ich denke, dass wir ein verstärktes Interesse daran haben, in Zukunft eine klare Trennung zwischen den amtlich neutralen Direktiven von Beamten und Mitarbeitern und der politischen Positionierung des Ministers vorzunehmen, um eine solche Verwirrung bei den Betroffenen zu vermeiden. Ich wünsche Ihnen viel Glück dabei, auch in Zukunft in dieser Hinsicht Ordnung zu schaffen. Auch wenn Sie meinen, dass technische Fehler nie ganz auszuschließen sind, muss alles daran gesetzt werden, einen ähnlichen erneuten Vorfall zu vermeiden, denn eine solche Veröffentlichung von Seiten der Verwaltung ruft bei den Betroffenen - schließlich waren Hunderte Menschen bei dem Streik auf der Straße - große Betroffenheit und Verwirrung hervor. Ich danke Ihnen!

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Ich denke doch, dass es auch für die Opposition völlig normal sein dürfte, dass der Entwurf eines Sammeldekretes, das gerade in dieser Phase so sehr in der Diskussion stand, auf der Internetseite veröffentlicht wird, für die ganz besonders die Unterrichtsverwaltung verantwortlich zeichnet und die in der Praxis gerade auch von Schulen sehr oft eingesehen wird. Das hatten wir im Übrigen auch vorher per Brief versprochen.

Grundsätzlich trennen wir natürlich immer sehr deutlich zwischen politischen Positionierungen und amtlichen Mitteilungen. Wenn eine Mitteilung aus dem Kabinett dort veröffentlicht wird, dann ist der Ton selbstverständlich entsprechend sachlich - wir stehen da ja auch in der Verantwortung - und als eine Mitteilung des Kabinetts gekennzeichnet. Oftmals sind Mitteilungen des Kabinetts auch für das Unterrichtspersonal von Bedeutung.

Grundsätzlich möchte ich wiederholen: Ich habe mich von dem Inhalt dieses Schreibens distanziert, erstens, aus inhaltlichen Erwägungen, zweitens, weil ich keinen Text gutheißen kann, den ich nicht selbst geschrieben habe. Aber ich möchte auch bemerken, dass ich die Irritation zwar für verständlich halte, trotzdem aber der Meinung bin, man sollte die Kirche im Dorf lassen. Gerade im Zusammenhang mit dieser Debatte sehen wir, dass von verschiedenster Seite Dinge behauptet wurden, die sehr viel schwerwiegender sind.

DER PRÄSIDENT.- Somit ist diese Frage abgeschlossen.